

REINHOLD LOPATKA

**Neu regieren, neu integrieren,  
neu diskutieren**

„Parteienverachtung gilt als schick und nimmt insbesondere in den Medien, aber auch der Gesellschaft allgemein zu. Ohne starke legitimierte Parteien wird es aber keine wirklich repräsentative Demokratie geben können. Parteien stellen Programme vor und binden in einem erheblichen Maße ihre Regierungsarbeit an diese“, konstatiert der Politikwissenschaftler und Demokratieforscher Wolfgang Merkel im Sammelband „Herausforderung Demokratie“.<sup>1</sup>

Merkels politikwissenschaftliche Diagnose ist mit Blick auf die öffentliche Diskussion vor und nach der Nationalratswahl 2013 sowie auf die Reaktionen zum Regierungsprogramm 2013–2018 von hoher Relevanz. Der Forscher bringt das Dilemma auf den Punkt, in dem heute politische Parteien im Allgemeinen und die österreichischen Koalitionspartner im Besonderen stecken: Wir brauchen für eine funktionierende repräsentative Demokratie starke gesellschaftliche Integrationsparteien, ihr Image, ihr Stellenwert in der Gesellschaft und ihr Wähleranteil sind allerdings so niedrig wie nie zuvor in der Zweiten Republik.

Aus der Großen Koalition in Österreich, die zuletzt stärker eine Konkurrenz- als Konkordanz-Koalition war, ist nun eine Schicksalsgemeinschaft geworden. Nicht wenige Kommentatoren sehen mit den nächsten Nationalratswahlen und dem erwarteten Verlust der Regierungsmehrheit von SPÖ und ÖVP das Ende dieses politischen Systems kommen. Nicht alle bedauern dies.

### **Entscheidende Veränderungen**

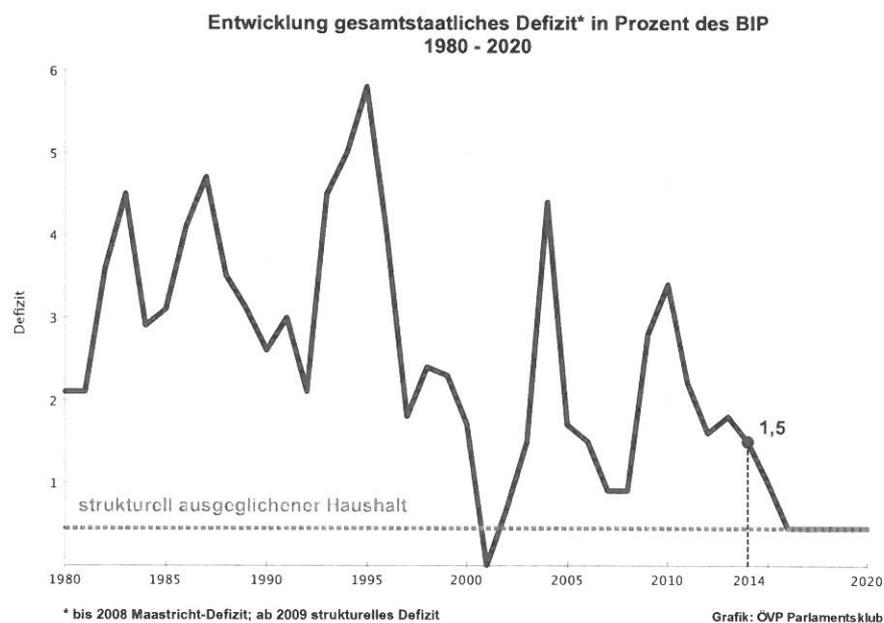
Was sind die zentralen Parameter und Rahmenbedingungen, unter denen die Regierungskoalition von SPÖ und ÖVP zu arbeiten hat – und welche Veränderungsdynamiken sind entscheidend für Österreich?

<sup>1</sup> Merkel, W., *Was ist Demokratie? Herrschaft des Volkes*; in: Kriesi, H./Müller, L. (Hg.): *Herausforderung Demokratie*, Lars Müller Publishers, 2013.

## Österreich braucht Reformpolitik

Nicht nur internationale Rankings machen deutlich, dass sich der Wirtschafts- und Arbeitsstandort Österreich weiterentwickeln muss. Zahlreiche strukturelle Herausforderungen und insbesondere die Sicherung der Solidarsysteme erfordern mutige Reformpolitik. Internationaler Wettbewerb und Demografie sind Faktoren, denen sich unser Land nicht entziehen kann.

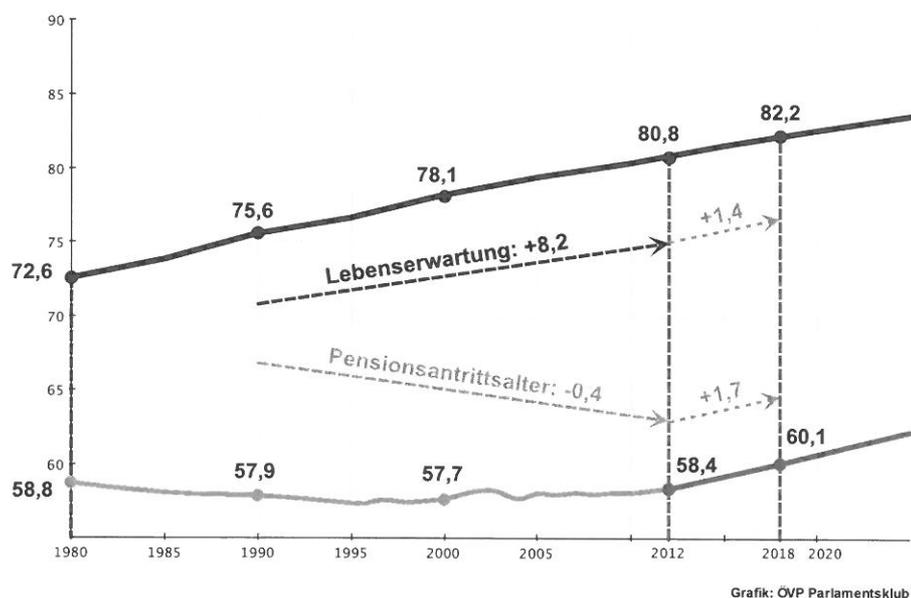
Veränderung aus Verantwortung muss ein Leitmotiv christdemokratischer Politik bleiben, das auch die Anstrengungen der ÖVP für substantielle Reformen prägt. Das Regierungsprogramm ist angesichts der unterschiedlichen Zugänge der Parteien zweifellos ein Kompromiss-Programm geworden. Es verdient jedoch, wie auch Caritas-Präsident Michael Landau gefordert hat, einen zweiten Blick. Für Politik- und Parteienverachtung besteht jedenfalls kein objektiver Grund. „Neu regieren“ ist kein leeres Schlagwort. Die Regierung will bis 2016 ein nachhaltiges Nulldefizit erreichen und die Neuverschuldung stoppen – ein Ziel, das schlichtweg zukunftsentscheidend ist.



Ebenso soll das österreichische Pensionssystem für die Jungen gesichert werden: Lebenserwartung und Antrittsalter driften somit aufgrund der festgelegten Maßnahmen nicht mehr auseinander, sondern gehen aufeinander zu.

Die Regierung setzt zudem einen familienpolitischen Schwerpunkt: Neben der Erhöhung der Kinderbeihilfe sind ein zweites verpflichtendes Gratis-Kindergartenjahr und der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen geplant. Dem massiven Geburtenrückgang soll damit der Kampf angesagt werden.

**Entwicklung der durchschnittlichen Lebenserwartung und des durchschnittlichen Pensionsantrittsalters 1980 - 2020**



Entscheidende Grundlage für alle Investitionen in die Zukunft ist, dass das Wirtschaftswachstum stärker anzieht: Wirtschaft und Arbeit haben daher im Regierungsprogramm klare Priorität. Nur mit Wachstum können wir neue Arbeitsplätze schaffen, steigen die Einkommen, sind die Steuereinnahmen

gesichert und bleiben die Menschen länger im Arbeitsprozess. Die beiden Grafiken zeigen deutlich, wie ambitioniert die zentralen Anliegen der Bundesregierung sind, die von den Vorgängerregierungen nicht erreicht worden sind.

### **Österreich braucht Integrationsparteien**

Die Entwicklung der einstmaligen Großparteien SPÖ und ÖVP zu mittleren Parteien ist einhergegangen mit einer Zersplitterung des Parteienspektrums. Dies betraf bisher das rechtspopulistische Lager und seine Abspaltungen von der FPÖ am stärksten. Mit Gründung und Einzug der NEOS in den Nationalrat sind auch die bürgerliche Mitte sowie die Grünen davon betroffen. Die Zersplitterung birgt die Gefahr instabiler politischer Verhältnisse. Untrennbar mit der Entwicklung und Stabilität der repräsentativen Demokratie verbunden ist die Existenz großer gesellschaftlicher Integrationsparteien, die unterschiedliche Bevölkerungsgruppen repräsentieren wie auch integrieren. Gerade der Typus der bürgerlichen sozialen Integrationspartei, die wirtschaftsliberale Strömungen, konservative Haltungen und christlich-soziale Positionen gleichermaßen abdeckt, ist in einer diversifizierten und individualisierten Gesellschaft wichtiger denn je.

Kleinparteien ohne diesen Anspruch, die zudem vom *goodwill* eines potenten Geldgebers abhängig sind – wie dies bei den beiden neuen Parteien Team Stronach und NEOS der Fall ist –, sind nicht dazu in der Lage, diese demokratie- und gesellschaftspolitisch eminent wichtigen Leistungen zu erbringen. Wenngleich die Politikwissenschaft seit Jahren einem Erosionsprozess der klassischen Volksparteien das Wort redet, so hat bei den Bundestagswahlen 2013 die CDU unter der Führung von Angela Merkel genauso wie die ÖVP bei den niederösterreichischen Landtagswahlen mit Erwin Pröll oder die CSU mit Horst Seehofer bei den bayerischen Landtagswahlen bewiesen, dass es hier keinen Automatismus gibt. Deshalb besteht auch für die ÖVP Chance und Herausforderung zugleich, ihre Potenziale als Integrationspartei bzw. gesellschaftliche „Integrationsmaschine“<sup>2</sup>

2 Vgl. Merkel, W., 2013, ebd.

wiederherzustellen bzw. weiterzuentwickeln. Die Mittelschicht als „Integrationsinstanz und Aufstiegsmotor“<sup>3</sup> (Herfried Münkler) ist und bleibt in ihren vielfältigen Formen das politische Ziel- und Wachstumsgebiet der ÖVP. In der Regierung setzt sich die ÖVP für „Neu regieren“ ein; in der Gesellschaft geht es darum, neu zu integrieren.

### **Österreich braucht mehr Diskursqualität**

Auch das politische und mediale Umfeld unterliegt in Österreich einem spürbaren Veränderungsprozess. Die politische Öffentlichkeit hat sich in jüngster Vergangenheit durch neue und insbesondere „soziale Medien“ dynamisch weiterentwickelt. Dies führt im Idealfall zu einer Verbreiterung des demokratischen Diskurses. Gesellschaftliche Engagement-Potenziale lassen sich durch soziale Medien leichter und besser adressieren. Gleichzeitig muss es aber auch einen offenen Diskurs über die problematischen Seiten der „social media“-Welt geben: Der „gläserne Bürger“ droht nicht nur durch den Überwachungsstaat, sondern auch durch eine Selbstdarstellungsgesellschaft, die freiwillig höchstpersönliche Daten preisgibt.

Eine weitere Entwicklung, welche die Qualität des demokratischen Diskurses betrifft, ist die in Österreich massiv beobachtbare Kampagnisierung von Teilen der medialen Berichterstattung. Journalistische Grundsätze der Objektivität und Vielfalt sind zugunsten von einseitiger Parteinahme und Streben nach wirtschaftlichen Vorteilen in den Schatten getreten. Diese Entwicklung schadet nicht nur dem notwendigen öffentlichen Diskurs über Herausforderungen und Chancen für Österreich, sondern auch unserer Demokratie insgesamt. So fordern Frank Esser und Florin Büchel, dass Transparenz über Meinungsjournalismus hergestellt werden und dass substanzorientierter Journalismus wirtschaftlich überlebensfähig sein müsse.<sup>4</sup> Das ist auch in Österreich eine große Herausforderung.

3 Zit. in: Koppetsch, C., *Die Wiederkehr der Konformität. Streifzüge durch die gefährdete Mitte*, Campus 2013.

4 Vgl. Esser, F./Büchel, F., *Die Medialisierung der Gesellschaft. Herausforderung für die Demokratie?* in: Kriesi H./Müller, L. (Hg.), *Herausforderung Demokratie*, Lars Müller Publishers, 2013.

### **Mehr Verantwortung für Österreich**

Im Jahr 2013 sind Eckpfeiler des politischen Systems in Österreich weiter in Bewegung geraten, was jedoch nicht notwendigerweise als Ausdruck „europäischer Normalisierung“ gewertet werden sollte. Die Bedeutung der ehemaligen Großparteien hat weiter abgenommen. Die Parteienlandschaft hat sich mit dem Einzug von Team Stronach und NEOS in den Nationalrat diversifiziert. Einzelne Medien geben sich mit der Rolle als vierte Macht im Staat nicht zufrieden. Die Grenzen zwischen legitimer und notwendiger Parteienkritik und destruktiver Parteienverachtung sind prekär geworden. Es liegt in der gemeinsamen Verantwortung von Politik, Medien und Zivilgesellschaft, ihre Rollen in unserer repräsentativen Demokratie verantwortungsvoller und wohl auch wirkungsvoller als bisher wahrzunehmen.